

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei der Abholung ohne Zustellung monatlich 2,- M., bei Zustellung unter Fernband 2,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag des Postgesetzes für 1919 eingetragene Zeitung und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 111. Verleger: Kurt Rodden 2895 und 2896.

Interate sollen die achtzehnjährige, unverheiratete oder deren Mann 1,20 M., Wortanzüge des elterlichen Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Teuerungszuschlag 10 Proz. Bei Familien- u. Vereinsabonnements ist der Zuschlag fort. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Kurt Rodden 2766.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Spitzelwirtschaft.

## Eine rechtssozialistische Spitzelorganisation.

Im Bunde mit dem Auswärtigen Amt.

„Es gibt keine Regierungs-Spitzel“, hat die Regierungspresse kürzlich mit großer Empfange versichert. „Unsere Partei hält sich fern von dem Spitzelwesen“, erklären die Rechtssozialisten. Glücklicherweise die politischen Kinder, die diesen Versicherungsglauben schenken und noch immer der Ansicht sind, daß die Regierung und die herrschende rechtssozialistische Partei nichts gemein haben mit dem Spitzelbetrieb, der unser ganzes politisches Leben vergiftet.

Die Blicke des für politische Sauberkeit kämpfenden Chronisten zwingt uns, die Illusionen dieser Leute zu zerbrechen. Wir haben schon mehrfach in das Betriebe des offiziellen Spitzeldienstes hineingeleuchtet; für heute mögen eine Anzahl Tatsachen folgen, die das Zusammenwirken der rechtssozialistischen Partei und des Auswärtigen Amtes auf dem Gebiete des Spitzelwesens beleuchten.

Im Hause Bellevuestraße 7 befinden sich die Räume der Bezirksorganisation des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins. In einem dieser Räume befindet sich seit Ende April der von der Regierung gegründete Verlag für soziale Aufklärung, der mit dem rechtssozialistischen Verbandsbureau Hand in Hand arbeitet. Der Vertrieb von Broschüren und Flugblättern ist seit Monaten eingestellt, dafür betätigen sich die Angestellten des Verlages in ausgiebiger Weise als Regierungsspitzel.

Die Leiter des Verlages sind die Herren Bucherpsennia und Knothe, die in ständiger Verbindung mit dem Auswärtigen Amt stehen. Die Rechtssozialisten Fuhrmann, Weich und Levin sind ihre engeren Mitarbeiter. Die Hauptaufgabe der Spitzelorganisation besteht darin, Material über die kommunistische Partei, insbesondere über ihre Führer zu sammeln. In diesem Hove werden bezahlte Spitzel beschäftigt, sich bei der kommunistischen Partei als Mitarbeiter einzuschreiben, Namen und Adressen der Führer auszusuchen, über Versammlungen und sonstige Veranstaltungen zu berichten usw. Diese Spitzelorganisation hat ihre Agenten fast in allen Berliner kommunistischen Bezirken. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Agenten sich nicht bloß auf Berichterstattung beschränken, sondern sich vielfach auch als Vorkapital betätigen. Mit der Bezahlung der Spitzel wird nicht gespart. Uns sind Fälle bekannt, wo die Leiter des rechtssozialistischen Spitzelbureaus an die Agenten Hunderte von Mark im voraus bezahlt haben.

Der Betrieb in dem Spitzelbureau in der Bellevuestraße ist außerordentlich lebhaft. Es gehen da täglich 15 bis 20 Agenten aus und ein, die ihre Berichte übermitteln. Diese Berichte gehen dann — an die politische Abteilung des Auswärtigen Amtes, von wo sie nach Kenntnisnahme zurückgegeben werden. Uns liegt das Original eines solchen Spitzelberichtes, datiert vom 30. Juni d. J., vor. Der Bericht handelt über eine Mitgliederversammlung der S. P. D. am 27. Juni in einem Berliner Vorort und gibt ausführlich den Inhalt der angeblich dort geführten Verhandlungen wieder. An der Spitze des Berichtes findet sich folgender Vermerk:

Nach Kenntnisnahme mit Dank zurückgesandt.  
ges. Radolny, 2. 7.

Der Briefumschlag, in dem dieser Bericht zurückgesandt wurde, trägt den Stempel des Auswärtigen Amtes. Adressiert ist er an Herrn Bucherpsennia, Berlin N. W., Bellevuestraße 7.

Dieses Dokument bildet einen unwiderleglichen Beweis der Zusammenarbeit des rechtssozialistischen Verbandsbureaus mit dem Auswärtigen Amt auf dem Gebiete des Spitzelwesens. Herr Bucherpsennia ist Leiter des Verlages, dessen Angestellte während der Bureaustunden mit auf dem Bureau des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine arbeiten. Obwohl alle diese Herren von der Regierung bezahlt werden, stellen sie ihre Kräfte der S. P. D. zur Verfügung. Ihre Arbeit im Spitzelbureau ist eng verknüpft mit ihrer Arbeit für das rechtssozialistische Verbandsbureau.

Herr Radolny, dessen Name an der Spitze des von uns vernechten Spitzelberichtes prangt, ist Geheimrat und

Leiter einer Abteilung im Auswärtigen Amt. Er hat in den letzten Monaten schnell Karriere gemacht, und gilt als rechte Hand des Reichspräsidenten Ebert. Das hindert ihn nicht, sich höchstselbst mit der Prüfung der Berichte aus dem rechtssozialistischen Spitzelbureau zu beschäftigen. Die Lektüre dieser Berichte gilt anscheinend als eine der wichtigsten Funktionen dieses talentvollen Gehilfen des Herrn Ebert.

Wir verzeichnen diese Tatsache, ohne auch nur eine Spur von Erstaunen oder Entrüstung an den Tag zu legen. Beides haben wir uns schon längst abgewöhnt in der trüben Schlammschlacht, die uns umgibt, und die wohl am trefflichsten die „vollendetste Demokratie“ kennzeichnet, die von den regierenden Rechtssozialisten ausgerichtet wird.

## Die Verhandlungen in Oberschlesien.

Die Gewaltpolitik wird fortgesetzt.

Was wir voraussaßen, ist eingetreten: die Reise des Herrn Göring nach Oberschlesien hat nicht zur Beruhigung der streikenden Arbeiter beigetragen, sondern die Lage noch weiter verschlimmert. Freitag nachmittags ist auch in den ober-schlesischen Bezirksorten Beuthen, Kattowitz und Königshütte die Abgabe von elektrischem Strom eingestellt worden. Ganz Oberschlesien ist wiederum ohne elektrische Kraft und elektrisches Licht, das Wirtschaftsleben ist vollkommen lahmgelegt. In Kattowitz fanden am Freitag Einigungsverhandlungen statt, an denen die Unternehmer und die Vertreter der Gewerkschaften teilnahmen. Es wurde zunächst erreicht, daß für die Arbeiter der ober-schlesischen Elektrizitätswerke 10 Prozent Lohnerhöhung bewilligt wurde. Um den Verarbeiterausstand zu beenden, schlug Göring eine Entschließung vor, in der zuerst erklärt wurde, daß der Streik nicht von den Gewerkschaften geführt werde, sondern als wilder Streik gelte und daher sofort beendet werden müsse. Nach Beendigung des Streiks soll eine Konferenz der Gewerkschaften einberufen werden, in der über die Punkte a) Wiedereinstellung der Gemahrealteten, b) Wiedereröffnung der stillgelegten Betriebe, c) Wiedereinstellung der Verlagerungsarbeiter, d) Haftentlassung etwaiger politischer Häftlinge verhandelt werden soll. Die Vertreter der Organisationen und der Staatskommissar erklärten, daß nach eingehender Prüfung den Forderungen, soweit sie berechtigt seien, stattgegeben oder durch die zuständigen Stellen vertreten werden sollen. Die Vertreter der Gewerkschaften erklärten sich mit dieser Entschließung einverstanden, was aber nicht viel bedeutet, da sie den Einfluß auf die ober-schlesischen Arbeiter verloren zu haben scheinen.

Kann aber waren diese Einigungsverhandlungen zu Ende, so hat Herr Göring eine Verordnung erlassen, worin er den Arbeitwilligen keinen Schutz verspricht und das Streikpostenstellen verbietet. Das ist ein Verstoß gegen die gewerkschaftlichen Grundfäden, der in keiner Weise dazu dienen kann, in Oberschlesien die Ruhe wieder herzustellen. Diese neue Gewalttat wird aber die weitere Folge haben, daß die Mehrzahl der ober-schlesischen Bevölkerung das Vertrauen zu Deutschland völlig verliert. Selbst wenn es jetzt gelingen sollte, mit militärischer Gewalt die Bergarbeiter wieder in die Gruben zu treiben, so wird es nur neue Verbitterung schaffen und unter den ober-schlesischen Polen den Glauben verstärken, als ob sie nur im Anschluß an Polen ihr Heil erreichen könnten. Die Gewaltpolitik des Göring kann höchstens das eine erreichen: eine augenblickliche Erleichterung der Lage schaffen, sie wird aber eine Ursache dafür sein, daß bei der endgültigen Abstimmung der Bevölkerung das ober-schlesische Industriegebiet für Deutschland verloren gehen wird.

## Göring verbietet das Streikpostenstellen.

Breslau, 15. August.

W. Z. B. meldet: Eine vom Reichs- und Staatskommissar Göring und dem kommandierenden General des sechsten Armeekorps für das Belagerungsgebiet des Regierungsbezirks Oppeln erlassene Verordnung verbietet, Arbeitswillige (d. h. Personen, die sich nicht am Streik beteiligen wollen) durch Drohung, Einschüchterung, Ueberrückung, Auffstellen von Streikposten und Streikpostenstellen oder in sonstiger Weise an der Aufnahme oder der Ausführung der Arbeit zu hindern.

## Der konterrevolutionäre Aufmarsch im Osten.

Unsere Enthüllungen in der gekürzten Abend-Ausgabe über das Treiben der russischen Menschenhändler in Deutschland, werden von der Presse fast gänzlich ignoriert. Auch die sonst so demotivierende Regierung schweigt. Wir veröffentlichen deshalb nachstehend weitere Unterlagen über das Zusammenarbeiten der russischen Konterrevolutionäre mit den deutschen militärischen Stellen.

Im Osten steigt für die deutsche Arbeiterklasse eine ungeheure Gefahr herauf. Die in Kurland befindliche Armee, der bislang die Aufgabe oblag, die Freiheitsbestrebungen des lettischen Volkes im Interesse einer Handvoll baltischer Junker niederzudrücken, trifft keine Anstalten, das Land zu verlassen. In dieser Armee haben sich alle reaktionären Elemente der alten Offiziersklasse vereinigt, die sich um die Anweisungen der Regierung nicht kümmern und drauf und dran sind, eine Truppenmacht heranzubilden, mit der sie einen Hauptschlag gegen die deutsche Revolution zu führen gedenken. Da ihnen eine kriegerische Betätigung gegen Deutschland einstweilen noch verweigert ist, und auch der Kampf gegen die lettische Bevölkerung infolge des Verbotes der Entente keine aussichtsreichen Chancen mehr bietet, haben sie sich der russischen konterrevolutionären Armee angeschlossen, die in Kurland durch den Fürsten Lieven aufgestellt worden ist, und deren Hauptstreikkräfte sich in dem Detachement des Grafen Keller vereinigen. Nur wenige der in Kurland befindlichen deutschen Soldaten treffen Vorkehrungen zum Rückzug. Die reaktionären Offiziere werben offen für den Uebertritt zur russischen Armee, und es sind in der Tat auch schon große Verbände in voller Ausrüstung übergetreten. So z. B. die Hauptbestände der Eisernen Division, die Formation des Hauptmanns Holle, die Militärpolizeitruppe des Oberleutnants Meier und andere Abteilungen. Auch der General von der Goltz hat sich dem russischen Heer zur Verfügung gestellt, ebenso will das 6. Reservekorps geschlossen übertreten.

Die deutschen Truppen bilden somit den eigentlichen Kern der russischen konterrevolutionären Armee. Sie ist jetzt ungefähr 30 000 Mann stark und wird täglich durch russische Kriegsgefangene und durch Freiwillige, welche in Deutschland unter betrügerischen Manipulationen angeworben werden, vermehrt. Der Vormarsch gegen Sowjet-Rußland soll am 31. August angetreten werden. Von Deutschland aus finden dabei dauernd Nachschüsse statt, sowohl an Menschen, als auch an Material. Um den Transport von Geschützen nicht bemerkbar zu machen, werden diese in geladenen Waggons nach dem Osten verschoben. Aber auch Ausrüstungsgegenstände, vor allem Bekleidungsgegenstände, wendern in großer Menge ostwärts. So ist z. B. in Neuruppin, das gewissermaßen eine Zentrale für den Nachschub nach Kurland bildet, am letzten Freitag ein ganzer Waggon mit Bekleidungsgegenständen im Werte von zirka 100 000 Mark nach dem Osten abgegangen. Der Nachschub scheint von Hauptmann Brandes, früher Kommandeur des 24. Infanterieregiments, jetzt Beschlehaber irgendeiner Landknechtschar in Kurland, angeordnet worden zu sein. Die Bedingungen für den Uebertritt zur Armee des Grafen Keller sind in einem Vertrag niedergelegt, der 46 Punkte enthält und in allen seinen Teilen den konterrevolutionären Charakter des Unternehmens offen an den Tag legt. Es soll nicht für die Wiederherstellung irgendeiner demokratischen Regierungsform in Rußland gekämpft werden, sondern für die Wiedereinführung der zaristischen Verfassung, wie sie vor der ersten russischen Revolution bestanden hat. So heißt es u. a. in dem Vertrag:

- 1. Ziele des Detachements: Bekämpfung des Bolschewismus und Wiederherstellung der Ordnung und einer gesetzmäßigen Regierung in Rußland.
- 2. Der Dienst im Detachement gilt als Staatsdienst im Sinne der Befehle, die vor dem 27. Februar 1917 (erste russische Revolution) im russischen Reich in Kraft waren.





